



NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT - TREFFPUNKT SCHWEIZ
RENCONTRES SUISSES - NOUVELLE SOCIÉTÉ HELVÉTIQUE
INCONTRI SVIZZERI - NUOVA SOCIETÀ ELVETICA
NUOVA SOCIETÀ HELVETICA - SCUNTRADA SVIZRA

EINLEITUNG

PODIUMSVERANSTALTUNG 27.10.2009, Universität Freiburg

Seit einem Jahrzehnt ist die schweizerische Sprachendebatte – zu Recht – von der Frage des Sprachenunterrichts geprägt. Das rasante Wachstum von Mobilität, Kommunikation und Austausch rückt den Erwerb von Fremdsprachen ins Zentrum gesellschaftspolitischer und sozioökonomischer Überlegungen. Der kulturelle, soziale und wirtschaftliche Nutzen sprachlicher Kompetenzen – und damit auch der individuellen Mehrsprachigkeit – ist heute unbestritten. Kaum ein Sektor der Wirtschaft oder der Arbeitswelt kann es sich heute leisten, die Förderung der Sprachkenntnisse seiner Mitarbeiter zu vernachlässigen. Diese Feststellung trifft nicht nur auf die Privatwirtschaft zu, sondern gilt ebenso für weite Teile der Verwaltung, für die Forschung, das Gesundheitswesen, den Kulturbereich oder die Organe der öffentlichen Sicherheit.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber agieren in einem sprachlich vielfältigen und kulturell globalisierten Umfeld, das von der inneren Mehrsprachigkeit der Schweiz, aber auch durch die zahllosen Aussenkontakte mit internationalen Partnern geprägt ist. Im Innern handelt es sich einerseits um (a.) die autochthone, d.h. die einheimische Mehrsprachigkeit und um das Viertel der Bevölkerung, das Französisch, Italienisch oder Rätoromanisch spricht. Andererseits geht es um (b.) die allochthone Sprachenvielfalt, die unser Land der transnationalen Migration verdankt und ebenfalls ein gutes Viertel seiner Bewohner betrifft. Gegen Aussen sticht in erster Linie (c.) die enge Zusammenarbeit der Schweiz mit ihren Nachbarländern und mit den Staaten der Europäischen Union hervor. Des Weiteren sind schweizerische Unternehmen, Verbände, Gebietskörperschaften und staatliche Organe (d.) Teil eines weltweiten Beziehungsgeflechts.

In der Debatte um den Nutzen der Mehrsprachigkeit und um die Förderung der Sprachkompetenzen dominiert interessanterweise die «Englischfrage», obwohl die englische Sprache nur einen Teil der Innen- und Aussenbeziehungen betrifft (insbesondere den Bereich der aussereuropäischen Kontaktpflege). Diese Diskussion fördert im mehrsprachigen und global vernetzten Kleinstaat Fakten zutage, die nicht immer eindeutig zu interpretieren sind: So schnellte die jährliche Verwendung des Begriffs «CEO» im Wirtschaftsteil der NZZ zwischen 1998 und 2002 von unter 50 auf über 700 hoch, während die Bezeichnung «Direktor» im selben Zeitraum um die Hälfte zurückging (auf knapp 200). Fast gleichzeitig setzten die Zürcher Erziehungsbehörden beim Sprachunterricht das Prinzip «English first» durch – notabene mit den Argumenten der Wirtschaftsförderung und des Standortmarketings.

Dieselbe Bevorzugung der englischen «lingua franca» schimmert in mehr oder weniger repräsentativen Umfragen der jüngeren Zeit durch – allerdings mit deutlichen regionalen Unterschieden. Ein differenzierteres Bild zeichnen Berechnungen über die Korrelation zwischen Sprachkenntnissen und Einkommenssteigerung, Erhebungen zum Sprachgebrauch am Arbeitsplatz und Abklärungen der effektiven Bedürfnisse der Wirtschaft. Hier erreichen die Nationalsprachen und das Englische im Allgemeinen eine sehr ähnliche Stellung. Eine fundierte politische Debatte über die Frage hat bis zum heutigen Tag nicht stattgefunden, resp. sie wurde von den betroffenen Kantonen und von der Bundesversammlung als inopportun und als Gefahr für den Sprachfrieden abgewürgt. Allzu oft fehlt der Schweiz bei der Gestaltung ihrer Sprachenpolitik ein Kompass, der über den minimalen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Konsenses hinausgeht. Quo vadis Helvetia polyglotta ?

(Bernhard Altermatt)